2019/04 Thema

https://shop.jungle.world/artikel/2019/04/der-jihadismus-breitet-sich-aus

In Burkina Faso wächst die jihadistische Bedrohung

Der Jihadismus breitet sich aus

Von **Bernhard Schmid**

Seit drei Jahren werden jihadistische Attacken in Burkina Faso immer häufiger. In 14 von 45 Provinzen gilt mittlerweile der Notstand. Nun ist die Regierung zurückgetreten.

Der Rücktritt der Regierung von Burkina Faso kam überraschend. Präsident Roch Kaboré dankte dem Regierungschef Paul Kaba Thieba am Freitag vergangener Woche. Begründet wurde der Schritt nicht. Es könnte aber eine Verbindung mit der Erfolglosigkeit des Kabinetts im Kampf gegen jihadistische Gewalt bestehen. Am vergangenen Dienstag kidnappten mutmaßlich Islamisten den Vizepräsidenten der kanadischen Bergbaugesellschaft Progress Minerals, Kirk Woodman. Es war der dritte Jahrestag der Geiselnahme im Hotel Splendid in Ouagadougou durch al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI). Woodmann wurde von zehn bewaffneten Männern in der Provinz Yagha im Nordosten Burkina Fasos entführt. Wie der US-amerikanische Sender CNN berichtet, wurde der Mann zwei Tage später tot aufgefunden.

> Jihadistische Gewalt greift in Burkina Faso erst seit etwa drei Jahren um sich, zunächst vom Nordwesten her. Seit einigen Monaten erfasst sie immer größere Landesteile. Es wird befürchtet, dass sie sich mittelfristig auch auf bislang weniger betroffene Nachbarländer wie Côte d’Ivoire, Ghana oder Togo ausbreiten wird.

Der Geologe war erst fünf Tage zuvor in dem westafrikanischen Staat eingetroffen. Er hielt sich in Burkina Faso und Côte d’Ivoire auf, um Rohstoffvorkommen für den Abbau ausfindig zu machen. In Tiabongou, wo er entführt wurde, geht es um den Goldabbau.

Kanada ist im Nachbarland Mali mit 250 Soldaten und acht Helikoptern an der UN-Truppe Minusma (Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung Malis) beteiligt, die im Norden des Landes seit Jahren mit jihadistischen Aktivitäten und Attacken konfrontiert ist. Neu ist, dass in vergangenen Monaten auch der Osten Burkina Fasos, an der Grenze zu Niger, betroffen ist. Dort fassen bewaffnete islamistische Gruppen Fuß.

Außer im Norden und Osten sind jihadistische Zellen mittlerweile auch im Zentrum von Burkina Faso tätig, wo zum Jahreswechsel in der Gemeinde Barsalogo heftige Kämpfe ausbrachen. Zunächst hatten mutmaßliche Jihadisten in der Silvesternacht im Dorf Yirgou-Foulbè sieben Menschen ermordet. Daraufhin setzten Dorfbewohner den Angreifern mit Jagdwaffen nach. Am

folgenden Tag kam es an mehreren Orten zu Racheakten, die von Mitgliedern der dominierenden Mossi-Bevölkerung an Angehörigen der Sprachgruppe der Peul begangen wurden. Insgesamt starben 46 Menschen.

Die Mörder der Silvesternacht sollen zu den Peul gehören, die traditionell Hirten oder Händler und daher besonders mobil sind. Das Verhältnis der Peul zur bäuerlich lebenden Mehrheitsbevölkerung ist seit langem angespannt. Der Konflikt hat sich weiter verschärft, seit die Wasserressourcen in der Region knapp werden. Im Zentrum von Mali, in der Region Mopti, nehmen bereits seit längerem die Konflikte zwischen den dort ansässigen Dogon und den Peul zu. Nun zeichnet sich auch in Burkina Faso ein ähnliches Muster ab. Angehörige lokaler Mehrheitsgruppen und Peul attackieren sich gegenseitig. Mitunter greifen Mitglieder der Peul dabei auch eine jihadistische Ideologie auf.

Jihadistische Gewalt greift in Burkina Faso erst seit etwa drei Jahren um sich, zunächst vom Nordwesten her. Seit einigen Monaten erfasst sie immer größere Landesteile. Es wird befürchtet, dass sie sich mittelfristig auch auf bislang weniger betroffene Nachbarländer wie Côte d’Ivoire, Ghana oder Togo ausbreiten wird.

Unter dem alten Präsidenten Blaise Compaoré, den ein Aufstand der Zivilbevölkerung im Oktober 2014 nach 27jähriger Regierungszeit stürzte, schien der Konflikt einhegbar. Damals verhandelten die Behörden zumeist offen mit bewaffneten islamistischen Gruppen, die vorwiegend in den Nachbarstaaten Mali und Niger agierten. Dieses Vorgehen gehörte zur allgemeinen Strategie Compaorés, der gerne als Vermittler in diversen Konflikten in der gesamten Region auftrat. Sein Land ließen die jihadistischen Gruppen im Gegenzug weitgehend unberührt und richteten ihre Attacken auf die Nachbarstaaten. Die Gegenleistungen der Regierung unter Präsident Compaoré sind nicht genau bekannt. Wahrscheinlich ist jedoch, dass diese bei der Vereinbarung und Auszahlung von Lösegeldern – etwa für französische Geiseln, die von 2010 an im Niger genommen wurden – eine wichtige Vermittlerrolle spielte.

Seit dem Sturz Compaorés Ende 2014 hat sich die Situation verändert. Angesichts der zahlreichen Armeeputsche in dem Land seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 möchten die Regierungen dem Militär ungern eine zu bedeutende Machtposition einräumen, und dies aus guten Gründen. Hinzu kommt, dass eine Eliteeinheit der Armee, das »präsidiale Regiment für Sicherheit« (RSP), unter dem demokratisch gewählten Nachfolger Compaorés, dem Amtsinhaber Roch Marc Christian Kaboré, aufgelöst wurde. Auch dafür gibt es hinreichende Gründe. Compaoré hatte das RSP auf seine persönlichen Bedürfnisse zugeschnitten, also auf seinen Machterhalt und auf die Sicherheit seiner Familie. Auf dieser Grundlage waren Elitesoldaten rekrutiert worden, die vor allem durch finanzielle Anreize und persönliche Loyalität zum damaligen Präsidentenclan motiviert waren, nicht etwa durch die Treue zu einer Verfassung oder zur Republik. Das Problem ist jedoch, dass keine adäquaten Ersatzkräfte geschaffen wurden, die jihadistische Attacken abwehren könnten.

Aktiv in Burkina Faso sind derzeit vor allem drei Gruppen: die im Norden des Landes verankerte Gruppe Ansaroul islam (Anhänger des Islam), der »Islamische Staat in der großen Sahara«, der mit dem IS im arabischen Raum zumindest ideologisch in Verbindung steht, sowie die »Gruppe für die Unterstützung des Islam und der Muslime«.

Letztere entstand im Nachbarland Mali als eine Art Dachorganisation, in der unter anderem die früher in der Region aktive Organisation »al-Qaida im Land des islamischen Maghreb« aufging.

In der Hauptstadt Ouagadougou fanden seit 2015 drei größere Angriffe statt. Der jüngste zielte im März auf die Botschaft der früheren Kolonialmacht Frankreich. Bis Mitte Oktober 2018 fielen 240 Zivilisten den Angriffen jihadistischer Gruppen zum Opfer. Aus Angst vor der Bedrohung schlossen 600 Schulen im Norden und Osten Burkina Fasos. Jihadistische Gruppen verhindern dort den Betrieb säkularer Bildungseinrichtungen. In einigen Fällen wurden Lehrer vor den Augen ihrer Klasse geschlagen. 40 000 Menschen sind aus ihren Wohnorten im Norden des Landes geflohen.

Anfang Oktober 2018 entschied sich die Regierung von Burkina Faso dazu, um Amtshilfe von der französischen Regierung zu bitten und Luftangriffe der französischen Armee anzufordern. Deren Sahel-Truppe unter dem Namen »Opération Barkhane« ist im weiter östlich gelegenen Tschad stationiert und deckt eine Zone ab, die im Westen bis Mali reicht. Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian reiste nach Ouagadougou und sagte militärische Unterstützung sowie 30 Millionen Euro für einen Entwicklungsplan im Dreiländereck von Mali, Burkina Faso und Niger zu. Das Geld soll der Armutsbekämpfung dienen. Bislang hatte die Regierung Burkina Fasos gezögert, bei der ehemaligen Kolonialmacht um militärische Hilfe zu bitten. Denn für die zahlreichen islamistischen Prediger im Land ist die Beteiligung Frankreichs ein willkommenes Argument. Die Jihadisten sehen sie nämlich in der Tradition früherer antikolonialer Kämpfer.

© Jungle World Verlags GmbH